

Aus dem Bereich der Vereinten Nationen

Tätigkeiten · Nachrichten · Meinungen

Allgemeines

38. Generalversammlung: »Globale Verhandlungen« wieder auf der Warteliste — Raketen Thema — Neuer Anlauf zum Abschluß Israels — »Keller-Gipfel« Indira Gandhis (1)

I. Sechs von 146 Tagesordnungspunkten hat die am 20. September 1983 eröffnete 38. Generalversammlung der Vereinten Nationen bis zum 20. Dezember nicht erledigen können: die »Ingangsetzung globaler Verhandlungen über internationale wirtschaftliche Zusammenarbeit im Dienste der Entwicklung«, die Zypernfrage, den Konflikt zwischen Irak und Iran, eine Nachwahl zum Wirtschafts- und Sozialrat und jenes kuriose Projekt einer Fünfhundertjahrfeier der »Entdeckung« Amerikas durch Christoph Kolumbus, über die sich 1982 noch eine 34-Staaten-Koalition (von Kuba und den USA bis zu Portugal, Spanien und Italien) einig war, bis vor allem Afrikaner mißtrauisch wurden, ob hier nicht ein Datum begangen werden solle, das aus der finstersten Kolonialismus-Geschichte nicht fortzudenken ist. 1992 ist weit, das ominöse Thema läßt sich noch mehrmals vertagen.

Am Anfang dieser Generalversammlung stand der Jahresbericht des UN-Generalsekretärs Pérez de Cuéllar (Text: VN 5/1983 S. 155 ff.). Er wiederholte seine Besorgnis, daß die friedenssichernden Instrumente der Vereinten Nationen nicht genutzt werden und betonte besonders die Gefahren der Militarisierung des Weltraums sowie der Computerisierung und Automatisierung der Kriegführung, die jeglicher politischer Kontrolle entgleiten könnten. Am Ende machte Präsident Jorge Illueca aus Panama in Briefen an Reagan, Andropow und die Blockfreien-Vorsitzende Indira Gandhi den Vorschlag eines Gipfeltreffens 1984 im Sicherheitsrat. Damit soll der Sicherheitsrat als multilaterales Forum gerade auch der nuklearen Großmächte reaktiviert werden. Die Chancen dafür sind gering. Die wichtigsten Abrüstungsverhandlungen haben in einer Atmosphäre allgemeinen Mißtrauens zwischen den beiden Supermächten und außerhalb der Vereinten Nationen — in Genf und ohne Erfolg — stattgefunden.

II. Die Abrüstungs- und Sicherheitsdebatte im 1. Hauptausschuß mit ihren 66 Resolutionen (18 im Konsens, 48 abgestimmt) war mehr ein politischer Kampf der diplomatischen Fachleute ohne besondere Aufmerksamkeit der Weltöffentlichkeit. Die Vertreter des Westens werteten es als Erfolg, daß die des Ostens das beabsichtigte »timing« rechtzeitig zur Bonner Bundestagsdebatte über die Raketenstationierung um Stunden verfehlten und daher propagandistisch nicht mehr recht nutzen konnten. Viele Regierungen in der Dritten Welt stimmten sowohl östlichen als auch westlichen Leitträgen zu, die einander jedoch inhaltlich widersprachen

— so Interesse und Distanz zugleich bekundend.

Resolutionen über den Nicht-Einsatz von Kernwaffen, über ein »Einfrieren« der Arsenale, über einseitige nukleare Abrüstung oder das Verbot nuklearer Neutronenwaffen wurden teils gegen, teils bei Enthaltung durch westliche Staaten gelegentlich im Ausschuß mit bis zu 112, im Plenum bei Opposition der USA mit bis zu 135 (in einem Fall sogar mit 147) Stimmen angenommen, was aus Moskau so kommentiert wurde: »Die Initiative zu fast allen diesen Beschlüssen ging von den sozialistischen und nichtpaktgebundenen Ländern aus. . . . Seit Gründung der UNO haben die USA in Fragen von Krieg und Frieden noch nie so isoliert von der absoluten Mehrheit der UNO-Mitglieder dagestanden, die fordern, daß die Rüstung zu einem Kernwaffenkrieg eingestellt wird.« (Neue Zeit, Nr. 52/1983, S. 9) Bemerkenswert eine Abstimmung über die Verhütung des Wettrüstens im Weltraum, wozu sich 147 Regierungen, auch die der Bundesrepublik Deutschland, gegen die eine Stimme der USA bei nur einer Enthaltung (Großbritannien) bekannt haben. Übereinstimmend wurde in diplomatischen Bewertungen der Generaldebatte erlichtert hervorgehoben, daß sie zumindest keine weiteren Komplikationen in die Ost-West-Beziehungen hineingetragen habe. Dies war nach den erregten Auseinandersetzungen Anfang September im Sicherheitsrat über den Abschub des südkoreanischen Linienflugzeugs KAL 007 nahe Sachalin nicht vorauszusehen gewesen. Erst recht nicht nach dem ungeschickten Taktieren der US-Regierung, die dem sowjetischen Außenminister die Landung auf einem Militärflugplatz anbot, nachdem die Gouverneure der Bundesstaaten New Jersey und New York die Erteilung einer Sondergenehmigung für die Landung seiner Aeroflot-Maschine auf zivilen Flughäfen abgelehnt hatten. Dies hatte Gromyko die Gelegenheit zur spektakulären Absage seiner Teilnahme an der Generalversammlung — das erste Mal in zweieinhalb Jahrzehnten — gegeben. Zahlreiche Vertretungen von Staaten der Dritten Welt interessierten sich eingehender als bisher für die Einzelheiten der Rüstungskontroll- und Sicherheitsproblematik, was vor allem europäische Delegierte wahrgenommen haben, weil die US-Delegation nach wie vor außerstande ist, Verständnis und Sympathie bei den Blockfreien zu finden. Sie bemüht sich auch nicht darum. Das zeigte sich unter anderem in der Afghanistan-Debatte, die mit +116, -20, =17 einen Stimmenrekord der Sowjet-Kritiker erreichte (Grenada fehlte diesmal bei den Nein-Stimmen). Anders als die Sprecher von EG und Bundesrepublik Deutschland fand die US-Botschafterin Kirkpatrick nicht einmal in diesem Zusammenhang ein Lobeswort für die Blockfreien und die Islamische Konferenz. Die Grenada-Resolution stellte eine politische Niederlage Washingtons dar (+108, -9, =27; Text und detailliertes Abstimmungsergebnis: VN 6/1983 S. 202). Das Bündnis USA-China in der Kampfschea-Frage erbrachte 105 Ja-Stimmen gegen 23 bei 29 Enthaltungen. Beim Thema Zentralamerika wurde dank starker europäischer Aktivität — nicht immer zur Freude der Amerikaner — in Konsultation mit der Contadora-Gruppe Konsens erreicht.

III. Eine wichtige und für die Organisation der Vereinten Nationen problematische Entwicklung zeichnete sich bei dem vom Iran angeführten Versuch ab, Israel das Recht zur Teilnahme an der Generalversammlung zu verweigern. Wie schon im Vorjahr obsiegt die nordischen Staaten mit einem (Geschäftsordnungs-) Antrag auf Nichtbefassung mit der iranischen Initiative. Aus dem Stimmenverhältnis +74, -9, =31 im Jahre 1982 wurde 1983 +79, -43, =19. Mit jährlicher Wiederholung dieser Kampf abstimmung um Punktgewinne muß gerechnet werden. Politisch bedeutsam ist, daß sich 1983 unter den Nein-Stimmen (also den Israel-Gegnern) auch die UdSSR befand, die 1982 Stimmenthaltung geübt hatte. Die meisten arabischen Staaten hatten sich 1982 durch Abwesenheit aus der Affäre gezogen, stimmten jedoch im Jahr darauf gegen den Antrag auf Nichtbefassung.

UN-Generalsekretär Pérez de Cuéllar genießt bei allen Seiten außerordentlich hohes Ansehen, kann aber nach nunmehr zweijähriger Amtszeit noch keinen einzigen durchschlagenden Erfolg verbuchen — weder im Golfkrieg noch in Afghanistan, auch nicht bei den von ihm besonders intensiv bearbeiteten Problemen Zypern und Namibia. Die Contadora-Staaten sind enttäuscht, daß der Lateinamerikaner Pérez ihnen so wenig dabei helfen konnte, die verbale Zustimmung der USA zu ihrer Initiative in eine reale zu verwandeln.

Das Thema Antarktis wurde auf Drängen von Malaysia sowie Antigua und Barbuda zum ersten Mal vor die Generalversammlung gebracht und führte den 16 privilegierten sowie den 12 weniger privilegierten Mitgliedstaaten des Antarktisvertrags von 1961 vor Augen, daß sie sich auf mehr Mitsprache der »gesamten Menschheit« werden einlassen müssen. Einstweilen soll der Generalsekretär alle UN-Mitgliedstaaten nach ihrer Meinung fragen.

Die amerikanische Chefdelegierte Kirkpatrick erklärte, die amerikanische Politik sei in dieser Generalversammlung »leidlich gut« gefahren und nannte es »realen Fortschritt«, daß die gegen Israel gerichtete Initiative sowie der kubanische Versuch abgeschlagen worden seien, Puerto Rico als »amerikanische Kolonie« zum Thema zu machen. Auch sei es der Sowjetunion nicht gelungen, die amerikanische Verwaltung des UN-Treuhandgebiets Pazifische Inseln (u. a. MX-Raketen-Testgelände) hochzuspielen; zudem sei das UN-Budget um weniger als 1 vH gestiegen — ein Erfolg, an dem freilich auch die UdSSR wesentlich beteiligt ist.

Erstaunlich optimistisch zeigte sich bei seiner abschließenden Bewertung der 38. Generalversammlung Mexikos Botschafter Muñoz-Ledo als Vorsitzender der »Gruppe der 77« über die Chancen der globalen Verhandlungen, die seit 1979 im Gespräch sind. Er meint, bei Wiederaufnahme der restlichen Tagesordnungspunkte im März 1984 könne die Generalversammlung »in einer Position sein, eine Entscheidung zu treffen«. Dabei gehe

es um die Möglichkeit, in zwei Phasen zu verhandeln — etwa ein Jahr lang die weniger, danach die mehr kontroversen Themen. Auf dem informellen »Gipfel im Keller« des UN-Hauptquartiers, der am Rande der Generalversammlung auf Einladung der Blockfreien-Vorsitzenden Indira Gandhi Ende Oktober stattgefunden hatte, hatten der kanadische Premierminister Trudeau und der tansanische Präsident Nyerere einander versprochen, ihre jeweiligen »Lager« in Bewegung zu bringen. Muñoz-Ledo unterstrich, die »Gruppe der 77« habe erstmals auf dieser Generalversammlung in allen sieben Hauptausschüssen als Gruppe aktiv mitgewirkt, also nicht mehr nur wie bisher bei den entwicklungspolitisch-wirtschaftlichen Themen. Er kündigte Vorschläge seiner Gruppe für eine tiefgreifende UN-Verwaltungsreform und für Verfahrensänderungen mit dem Ziel höherer Effizienz an, die aber nicht allein durch Budgetkürzungen zu erreichen seien. Die vorhandenen Mittel müßten besser genutzt werden. *Ansgar Skriver* □

Politik und Sicherheit

Namibia: Blockierung einer Verhandlungslösung durch südafrikanisches »Junktim« — Frankreich setzt Mitarbeit in der Kontaktgruppe aus — Südafrika führt Strategie der gewaltsamen Destabilisierung fort (2)

(Dieser Beitrag setzt den Bericht in VN 4/1982 S.137f. fort.)

Fortschritt und Obstruktion

Das Jahr 1983, in dem sich das jahrelange Tauziehen um eine Verhandlungslösung für einen friedlichen Übergang Namibias zur Unabhängigkeit fortsetzte, wurde mit einem Paukenschlag eröffnet. Im Januar erklärte Dirk Mudge, Chef des von der Demokratischen Turnhalle-Allianz (DTA) gestellten Ministerrats, gemeinsam mit den übrigen DTA-Politikern seinen Rücktritt. Damit war die von Südafrika eingesetzte interne Interimsregierung, die gemeinsam mit dem südafrikanischen Generaladministrator Namibia verwaltete und weltweit ohne Anerkennung geblieben war, zusammengebrochen. Als Grund für die Aufkündigung der Kooperation nannte der gemäßigte weiße Politiker Mudge namens der DTA die fortgesetzte Gängelung durch die südafrikanische Regierung, ohne deren Placet keine Entscheidung getroffen werden konnte. Seither wird Namibia wieder allein durch den Generaladministrator Pretorias verwaltet. Damit entspricht die interne Verwaltungsstruktur Namibias wieder den Verhältnissen, wie sie 1977 zum Zeitpunkt der Einleitung einer politischen Initiative durch die damaligen fünf westlichen Mitglieder des Sicherheitsrats (Bundesrepublik Deutschland, Frankreich, Großbritannien, Kanada und die Vereinigten Staaten, seither als »westliche Kontaktgruppe« bezeichnet) bestanden.

Durch die Fortführung der Verhandlungen bemühte sich die westliche Kontaktgruppe auch 1983 um eine Annäherung der Standpunkte der beiden entscheidenden Parteien im Namibia-Konflikt: nationale Befreiungsbe-

wegung und illegale Besatzungsmacht. Die fast im Stile der Pendeldiplomatie ablaufenden Aktivitäten resultierten in Erfolgen, die eine Umsetzung der in Resolution 435 (Text: VN 4/1979 S.147f.) des Sicherheitsrats enthaltenen Empfehlungen einer Übergangslösung mit dem Ziel der Unabhängigkeit Namibias wahrscheinlicher werden ließ: Sowohl in der Frage der Zusammensetzung der »Unterstützungseinheit der Vereinten Nationen für die Übergangszeit« (United Nations Transition Assistance Group, UNTAG), die den Übergangsprozeß regeln und überwachen soll, wie auch in bezug auf die kontrovers diskutierte Frage des Wahlverfahrens (Mehrheits- oder Verhältniswahl) zeichneten sich Fortschritte ab.

Eine neue Dimension führte gegen Ende 1982 dagegen die südafrikanische Regierung mit Unterstützung, vermutlich sogar auf Veranlassung der Vereinigten Staaten in die Verhandlungen ein. Unter Verweis auf »legitime Sicherheitsinteressen« forderte Südafrika vor einer Ingangsetzung des Unabhängigkeitsprozesses in Namibia als Vorbedingung den Rückzug aller kubanischen Truppen aus Angola. Damit wurde die Namibia-Debatte durch die Verknüpfung mit Bedingungen außerhalb des eigentlichen Diskussionsgegenstandes letztlich gesprengt und fortan blockiert. Zu Recht verwies die Süwestafrikanische Volksorganisation (SWAPO) in ihren Stellungnahmen darauf, daß solche Bedingungen, gerichtet an souveräne Staaten, bei den unmittelbar beteiligten Parteien weder Verhandlungsgegenstand noch erfüllbar sein können. Eine Verhandlungslösung für Namibia rückte damit erneut in weite Ferne.

UN-Konferenz in Paris

Die von den Vereinten Nationen in Abstimmung mit der Organisation der Afrikanischen Einheit durchgeführte Internationale Konferenz zur Unterstützung des Unabhängigkeitskampfes des namibischen Volkes, die vom 25. bis 29. April 1983 unter Beteiligung der Vertreter von 138 Regierungen, 59 Nichtregierungsorganisationen und zahlreichen UN-Einrichtungen in Paris stattfand, bezog in der Namibia-Frage erneut eindeutige Stellung (UN-Doc. S/15757). Bemerkenswert war, daß im Rahmen dieser Konferenz erstmals — durch den französischen Außenminister Claude Cheysson — eindeutiges Unverständnis eines Staates der westlichen Kontaktgruppe gegenüber der von den Vereinigten Staaten offen unterstützten Vorbedingung Südafrikas bezüglich eines Rückzugs der Kubaner aus Angola artikuliert wurde (vgl. A/CONF.120/13, S.61, Ziff.42). Als Ergebnis ihrer Bemühungen um weitere Unterstützung des Unabhängigkeitskampfes des namibischen Volkes verabschiedete die Konferenz zwei Dokumente (die Pariser Erklärung und das Aktionsprogramm zu Namibia). Die Pariser Deklaration enthielt unter anderem eine Bestätigung der SWAPO als der alleinigen und authentischen Vertretung des namibischen Volkes, billigte dieser angesichts der fortgesetzten völkerrechtswidrigen Besetzung des Territoriums durch Südafrika das Recht zum bewaffneten Befreiungskampf zu und erklärte Reparationsforderungen nach der Unabhängigkeit für legitim. Des weiteren wurde in Abgrenzung bzw. Zurückweisung der Ost-West-Dimension der Entkolonisierungsaspekt der Namibia-Frage

betont und die Verhängung bindender Sanktionen nach Kapitel VII der Charta der Vereinten Nationen gegen Südafrika gefordert. Gegen Passagen der beiden Dokumente sprachen sich die Vertreter einer Anzahl von Regierungen mit unterschiedlichen Einwänden aus, die sich insbesondere gegen die namentliche Beschuldigung der USA und die explizite Billigung des Rechtes auf bewaffneten Widerstand wandten. Unter Bezugnahme auf Verlauf und Ergebnis dieser Konferenz übermittelte der südafrikanische Außenminister Botha in einem Brief vom 26. April 1983 dem UN-Generalsekretär die Kritik der südafrikanischen Regierung an dieser Zusammenkunft. Weiterhin gab er zu Protokoll, daß die südafrikanische Regierung die Aktivitäten, die Autorität und das Existenzrecht des (von der UN-Generalversammlung 1967 eingesetzten) »sogenannten« Rates für Namibia ablehne (S/15733).

Sicherheitsrat dringt auf Lösung

In Vorbereitung einer neuerlichen Sicherheitsratsdebatte legte der Generalsekretär am 19. Mai 1983 einen weiteren Bericht über Verlauf und Ergebnisse der Verhandlungen seit der Genfer »Vorbereitungskonferenz« vom Januar 1981 vor (S/15776). In diesem werden einerseits Fortschritte in Detailfragen einer Übergangsregelung gemäß Resolution 435(1978), insbesondere in bezug auf die Zusammensetzung der UNTAG, konstatiert. Zugleich wird mit dem südafrikanischen »Junktim« die Einführung eines Faktors in die Verhandlungen problematisiert, der außerhalb der in Resolution 435 artikulierten Grundlagen angesiedelt ist und bislang nicht Verhandlungsgegenstand war. Die tendenziell positive Bilanz der Verhandlungsergebnisse im Berichtszeitraum erleidet dadurch nach Einschätzung des Generalsekretärs einen Rückschlag durch die Schaffung anderer Fragen, die weder zum Zeitpunkt der Verabschiedung von Resolution 435 noch während aller darauffolgenden Verhandlungen unter Schirmherrschaft der Vereinten Nationen bestanden. Daraus zieht der Bericht die begründete Befürchtung, daß die Verwirklichung der Resolution 435 insgesamt gefährdet sei.

Die Debatte im Sicherheitsrat vom 23. Mai bis 1. Juni 1983 folgte im wesentlichen dieser Einschätzung des Berichts. SWAPO-Präsident Sam Nujoma nutzte die Gelegenheit, in einer Rede vor dem Sicherheitsrat nochmals nachdrücklich darauf hinzuweisen, daß die SWAPO die Notwendigkeit erkannt habe, die weiße Minderheit in Namibia und deren Besitz zu schützen, da ein künftiges unabhängiges Namibia die Verpflichtung zum Schutze aller Bürger habe. Zugleich meldete er Zweifel an, ob angesichts des Verhandlungsverlaufs und dessen Ergebnissen die westliche Kontaktgruppe tatsächlich noch in enger Bindung an Geist und Inhalt der Entschließung 435 stehe.

Die am 31. Mai 1983 einstimmig verabschiedete Resolution 532 (Text: VN 4/1983 S.130) verurteilt die »weiterhin andauernde illegale Besetzung Namibias« und fordert Südafrika dazu auf, sich zur Befolgung der Resolution 435 zu verpflichten sowie den Generalsekretär der Vereinten Nationen in der Bemühung um Verwirklichung dieser Resolution uneingeschränkt zu unterstützen. Ferner enthält die Resolution den Auftrag an den General-